

Pressemitteilung

Stabile Geschäfte im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe

(München, den 12.04.2013) Die Geschäftslage im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe bleibt auf hohem Niveau stabil. Der Frühjahrs-Lagebericht der *Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern – Das bayerische Bau- und Ausbauhandwerk* (LVB) zeigt aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Gewerken. So sprechen 54 % der Baubetriebe von guten Geschäften und weitere 43 % schätzen die Lage als ausreichend oder zufrieden stellend ein. Hier haben sich die Werte verbessert – anders im Ausbaugewerbe: Hier sprechen jetzt noch 55 % von guten Geschäften, vor einem Jahr waren es noch 64 %.

LVB-Sprecher Hans Auracher sagte, dass auch der Ausblick ins kommende halbe Jahr geteilt ist. Zwar überwiegen weitgehend die positiven Einschätzungen, allerdings sind im Ausbaugewerbe die Erwartungen an die Auftragslage gesunken. Außerdem klagt nach wie vor fast jeder fünfte Betrieb über schlechte oder unwirtschaftliche Preise. Trotz gewisser Unsicherheiten werden die Gewerke die Zahl ihrer Mitarbeiter insgesamt weiter erhöhen. *„Auch in diesem Frühjahr zeichnet sich ab, dass unsere Unternehmen ihre Ausbildungsleistung weiter ausbauen, und das von einem ohnehin bereits hohen Niveau“*, betonte Auracher. Der LVB-Sprecher räumte ein, dass die Nachwuchsgewinnung ein immer größeres Problem für die Branche wird. Die oft schlechte Qualifikation vieler Schulabgänger stelle die Betriebe vor zusätzliche Herausforderungen.

Die LVB begrüßt den Kabinettsbeschluss zur Ankurbelung des Wohnungsbaus als längst fälligen Schritt. Die Verbände des Bau- und Ausbaugewerbes erhoffen sich damit neue Impulse und fordern zugleich einen Durchbruch bei der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Das Veto der Mehrheit im Bundesrat blockiere die Energiewende, kritisierte Auracher.

Laut Umfrage führt die neue Gebührenordnung für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in Deutschland bei den Baubetrieben zu einem Kostenanstieg um durchschnittlich 84 % und in den Ausbaugewerken zu durchschnittlich 48 %. Belastet würden vor allem Unternehmen mit mehreren Filialen. Das Gebührenmodell müsse dringend überarbeitet werden, sagte der LVB-Sprecher mit Blick auf das Versprechen des Bundes, die Unternehmen nicht stärker zu belasten.